Nummer 215 – 19. Jahrgang

Dienstag, d. 18. September 1923

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 400000 Mk. — Das Volksblatt für Stadt und Land — Sonntags-Nr. 500000 M.

Erscheint werktags. Bezugspreis: Ausgabe A mit illustrierter Beilage wöchentlich 2600000 Mark, Ausgabe B ohne illustrierter Beilage wöchentlich 2000 Mark. Anzeigengebühr: Schlüsselzahl 12000.— Mark. Textanzeigen: Die 10spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 20.— Mark.

Redaktions-Fernruf Beuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 56

Außerhalb Oberschlesiens und amtliche Anzeigen 35.— Mark. Reklamezeile 100.— Mark. — Polnisch-Oberschlesien 1500 Mkp. — Preise freibleibend.

Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Piekarerstraße 9.

Der rettungslose Zerfall der Papiermark.

Ein Dollar über 220 Millionen.

Neueste Nachrichten.

Wie wir erfahren, beträgt das vorläufige Ergebnis der Goldanleihe des Reiches 75 Millionen Goldmark. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Zeichnung erst am 18. mittags geschlossen wird, sodaß sich das endgültige Resultat noch erhöhen dürfte. Die Notierung der Anleihe der Berliner Börse wird an jedem Tage mit Ausnahme des Sonnabends erfolgen.

Goldzollaufgeld: vom 19.—21. Sept. 23 einschließlich 2179999900 Prozent. Umrechnungssatz für Landabgabe: Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt vom 19.—21. Septbr. einschließlich 21800000 für je 1 Goldmark. Beamtenbezüge: ab 16. Septbr. Meßzahl 2000.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung der Wechselsteuer. Eine zweite Verordnung behandelt die Erhöhung der Steuersätze des Kapitalverkehrsteuergesetzes. Ferner werden veröffentlicht Verordnungen über Höchstpreise von Zement, über das Verbot der Ausfuhr von Hopfen und über die ab 17. 9. geltenden Brennstoffverkaufspreise in Goldmark.

Infolge des Staatsstreiches sind sämtliche syndikalistischen Führer aus Barcelona geflüchtet.

Der englische Premierminister Baldwin wird am Dienstag abend in Paris eintreffen und am Mittwoch vormittag eine Unterredung mit Poincare haben.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags stimmte einem Regierungsvorschlag zu, der die Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten für das dritte Monatsviertel auf 199900 Prozent festsetzt.

Die Franzosen nahmen gestern im städtischen Bürohaus in Essen eine Billion Mark Reichsgelder, die dem Besatzungsamt für Entschädigungszwecke zur Verfügung standen, weg.

Beschlagnahme von Bankdepots.

Revisionsbeamte des Devisenkommissars erschienen in der Depositenkasse Königstraße der Commerz- und Privat-Bank und haben dort zwei Stahlfächer und ebenso die im Bankrekor zur Aufbewahrung liegenden Pakete mit Beschlag belegt. Der Depositenkasse ist aufgegeben worden, niemand an die beschlagnahmten Gegenstände heranzulassen. An zuständiger [illegible] wird mitgeteilt, daß die Beschlagnahme durch untergeordnete Organen des Devisenkommissars ausgeführt sei. Nach einer Mitteilung der B. Z. erfolgte die Beschlagnahme ohne Wissen und gegen den Willen des Devisenkommissars.

Konflikt zwischen Hilferding und Beamten.

Die Voss. Zeitung meldet: Zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Reichsbeamten brach ein schwerer Konflikt aus über die Frage der künftigen Modalitäten der Gehaltsauszahlung. Der Reichsfinanzminister habe am Sonnabend Beamtenvertretern erklärt, daß er die wöchentliche Zahlung einführen wolle. Es würde eine Vereinheitlichung in dem sehr komplizierten Rechnungswesen eintreten, wenn die Summen für die Arbeiter und die Beamten gleichzeitig ausbezahlt werden könnten. Die Beamtenvertreter lehnten jedoch diesen Vorschlag einstimmig ab. Als vom Minister erklärt wurde, daß die Beamten durch die Wochenzahlungen besser vor der Geldentwertung geschützt seien, erwiderten die Beamtenvertreter, daß dieser Grund nicht stichhaltig genug sei für eine solch grundlegende Aenderung.

z. Wie wir schon gestern angedeutet haben, hat die Börse die Antwort auf die intransigenten Reden Poincares gegeben. Deutschland ist aufgegeben; die Mark wird von der Börsennotierung gestrichen. Die politischen Folgen vor allem nach innen sind nicht abzusehen. Eine weitere Preisgestaltung nach dem Dollarstand ruft mit Naturnotwendigkeit die soziale Revolution hervor. Nicht Steuergesetze, nicht Devisenkommissare und Notverordnungen vermögen den dem Abgrund zurollenden Staatswagen aufzuhalten; die Rettung liegt nur in der starken rücksichtslosen Tat. Zuerst muß die Ernährung des Volkes sichergestellt werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die vorhandenen Nahrungsmittel rationiert werden — nicht im Sinne der alten Zwangswirtschaft — durch Verbot des Börsenhandels. Wird noch lange gesäumt, so kommt jede Maßnahme zu spät. Wir tanzen auf einem Vulkan und die Ereignisse der letzten Wochen sind nur Vorboten großer schlimmer sozialer Erschütterungen gewesen. Goldmarkkuren, Goldmarklöhne und ähnliche volkswirtschaftliche Experimente vermögen nichts mehr zu retten. Heute regieren Wirtschaftler und Volkswirtschaftler — ihre Verdienste in allen Ehren — für den Augenblick kann aber nur noch der harte erbarmungslose politische Entschluß nach innen und außen regieren. Das Volk ist der volkswirtschaftlichen Experimente gründlich satt. Keine Experimente und keine Versprechungen und keine Kommissionen mehr! Fahren wir auf diesem Wege fort, dann geht Reich und Volk über Bord. Die letzten fünf Minuten sind angebrochen, seitdem Poincare Stresemanns Bruderhand so brüsk zurückgewiesen hat.

Vor schwerer Entscheidung.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Wenn nicht alles täuscht, werden wir in den nächsten Tagen schon schwerwiegende Entscheidungen sich vollziehen sehen.

Wir müssen also aus dem Stadium der Reden und Diskussionen heraus. Die deutsche Reichsregierung hat bei wiederholten Anlässen, die in den letzten Tagen förmlich einzig und allein zu diesem Zweck konstruiert wurden, Frankreich gegenüber seine Bereitwilligkeit zu einer Verständigung gezeigt und dabei unzweideutige Angebote von so detaillierter Form zugehen lassen, daß nunmehr eine Entscheidung herbeigeführt werden muß. Die letzten Reden Poincares gaben eine Basis für ein Uebereinkommen allerdings noch nicht. Indessen nähern sich auch in Frankreich die Dinge entscheidenden Entschließungen. Man muß dabei weniger auf das hören, was in der Oeffentlichkeit gesagt wird, als auf das, was hinter den politischen und diplomatischen Kulissen in Vorbereitung begriffen ist.

In dieser Stunde müssen wir noch einmal in kurzen Zügen skizzieren, um was es sich handelt: Die Kernfrage, um die jede Entscheidung sich dreht, ist die des passiven Widerstandes. Deutschland hat wiederholt erklärt, daß an dieser Frage eine Verständigung nicht zu scheitern braucht, wenn von der Gegenseite bestimmte Voraussetzungen gegeben und Bedingungen erfüllt sind, unter denen wir für die Einsetzung in ihre vollen persönlichen und amtlichen Rechte ansehen. Was die Räumung des Ruhrgebietes anlangt, so ist Deutschland in seinem Anerbieten der französischen These, daß diese Räumung nur nach Maßgabe der Zahlungen erfolgt, ungemein weit entgegengekommen. Was Deutschland vorschlägt, ist ja dazu angetan, die Mittel für eine möglichst sofortige Bezahlung Frankreichs sicherzustellen, zum mindesten soweit diese Zahlungen den Streitgegenstand betreffen, der sich um den Einbruch in das Ruhrgebiet entwickelt hat.

Die Entscheidung liegt nicht mehr in deutscher, sondern nun in französischer Hand. Die deutsche Regierung wird in diesen Tagen noch einmal einen Schritt unternehmen, der Frankreich keine andere Wahl, als die der definitiven klaren Entscheidung mehr lassen wird. Eine Spekulation Deutschlands kann nicht in Frage kommen, ebenso wenig kann auch nur im geringsten davon die Rede sein, daß die gegenwärtige oder irgend eine andere deutsche Regierung bereit wäre, einen zweiten Versailler Vertrag zu unterzeichnen.

Die Entscheidung muß und wird bald fallen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß das noch in der laufenden Woche geschieht. Frankreich steht jetzt am Scheidewege. Ueber die Entschlossenheit Deutschlands, in den obengezeichneten Grenzen zu beharren, darf sich Frankreich und die Welt keinem Zweifel hingeben. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus einer anderen Einstellung Frankreichs ergeben, müßten Deutschland für sich heute schon ablehnen.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Berlin, 17. September. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen dazu auffordert oder anreizt, einer Steuerpflicht oder der öffentlichen rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geld oder Geldeswert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände) nicht zu genügen, oder die Durchführung der Vorschriften über diese Pflichten auf andere Weise zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.

§ 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Veräußerung oder Weiterveräußerung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Als Lebens- oder Futtermittel gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 32 kann neben der Strafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist anzuordnen, die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des Paragraphen 36, 3 und 4 der Preistreiberei-Verordnung vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt Teil 1, S. 700) gelten entsprechend.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Berlin, 15. September. 1923.

Der Reichspräsident.
ges. Ebert.
Der Reichsminister des Innern.
ges. Sollmann.
Der Reichskanzler.
ges. Stresemann.

Die Bauernvereine fordern eine Wehrpflicht der Arbeit.

Die Vertreter der 28 deutschen Bauernvereine sind dieser Tage in Berlin zusammengetreten und haben sich u. a. auch mit der Währungsfrage beschäftigt. Die Bauernvereine vertreten den Standpunkt, daß die Währung wie das gesamte Wirtschaftsleben durch künstliche Maßnahmen, die nicht im organischen Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben stehen, nicht in Ordnung zu bringen ist. Die Währung kann nur stabilisiert werden, wenn alle Störungen des Wirtschaftslebens fallen.

Die deutschen Bauernvereine haben in den letzten Jahren wiederholt auf die Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch das Festhalten am starren System der Achtstundenarbeit hingewiesen. Für sich betrachtet der Bauer harte Arbeit ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit als selbstverständliche Pflicht. Ein gleiches fordert er von allen Bevölkerungskreisen. Wirtschaftlicher Niederbruch bedingt Mehrarbeit. Die produktiven Kräfte des ganzen Volkes müssen aufs äußerste angespannt werden. Sonst sind alle Versuche, die Währung in Ordnung zu bringen, nutzlos. Die deutschen Bauernvereine fordern von der Reichsregierung unverzüglich die Initiative zur Wehrpflicht der Arbeit.

Die gestrichene Papiermark.

Paris, 17. September. Aus Neuyork meldet die „Chicago Tribune", daß die deutsche Mark in ihrem Verhältnis zum amerikanischen Dollar so tief gesunken sei, daß sich führende Bankiers entschlossen hätten, sie aus ihren Kurslisten zu streichen. In den letzten Tagen habe die Mark einen solchen Tiefstand erreicht, daß nicht mehr 42 Millionen, sondern 145 Millionen Mark für einen Dollar hätten bezahlt werden müssen. Die Bankiers erklärten es für lächerlich, erst immer schwierige mathematische Rechenexempel einstellen zu müssen, um den Wert eines amerikanischen Cent in Mark herauszufinden. Da andererseits die Umsätze in Mark vollständig aufgehört hätten, habe man beschlossen, diese nutzlos gewordene Valuta nicht mehr zu notieren.

Der passive Widerstand.

Essen, 18. Sept. Auf der Zeche Prosper 2 der Rheinischen Stahlwerke in Bottrop berief am Sonnabend der Kohlenhäuer Dohle eine Belegschaftsversammlung ein, um darüber abstimmen zu lassen, ob die Belegschaft gegebenenfalls für die Regie der Förderung der Kohlen aufnehmen wolle. Der Belegschaft bemächtigte sich bei den Ausführungen Dohles eine solche Erregung, daß man ihn verprügelte. Die Zechenfeuerwehr konnte ihn nur mit Mühe vor der erbitterten Arbeiterschaft schützen.

Zwischenkredite für Kleinwohnungen.

Berlin, 17. September. Auf Grund des Gesetzes über die Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung sind, wie der amtliche preußische Pressedienst meldet, der preußischen Landespfandbriefanstalt in Berlin Mittel zur Gewährung von Zwischenkrediten bei der Herstellung von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt worden. Zwischenkredit wird zur Herstellung von Kleinwohnungen in Kleinhäusern jeder Art und in Mittelhäusern, besonders solchen, die auf gemeinnütziger Grundlage errichtet werden, gewährt. Der Zwischenkredit soll in der Regel zum Aufbau von Häusern dienen. Ausnahmsweise kann er auch zum Ankauf von Bauland sowie zur Abstoßung von Hypotheken und anderen Lasten auf diesem gewährt werden. Der Zwischenkredit, der am Abhebungstage Zentner Roggen oder Kali un-